

Schade, Friedrich K.

Publizistische Stellvertretung. Kein Grund für Angst vor Gemeinsamkeit in der Courage

Zeitschrift für Entwicklungspädagogik 12 (1989) 1, S. 6-9



Quellenangabe/ Reference:

Schade, Friedrich K.: Publizistische Stellvertretung. Kein Grund für Angst vor Gemeinsamkeit in der Courage - In: Zeitschrift für Entwicklungspädagogik 12 (1989) 1, S. 6-9 - URN: urn:nbn:de:01111-pedocs-243776 - DOI: 10.25656/01:24377

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:01111-pedocs-243776>

<https://doi.org/10.25656/01:24377>

in Kooperation mit / in cooperation with:

ZEP

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung
und Entwicklungspädagogik

"Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V."

<http://www.uni-bamberg.de/allgpaed/zep-zeitschrift-fuer-internationale-bildungsforschung-und-entwicklungspaedagogik/profil>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

ZEP

Zeitschrift für EntwicklungsPädagogik

1



Entwicklungsbezogene Bildung

ZEP 1

Zeitschrift für EntwicklungsPädagogik

12. Jahrgang, März 1989

Inhalt:

Georg Friedrich Pfäfflin:
Erfahrung mit dem Thema „Dritte Welt“ im Schulunterricht und in der Erwachsenenbildung

K. Friedrich Schade:
Publizistische Stellvertretung

Bernd Wolpert:
Was bewirken Dritte Welt-Medien?

Rainer Imholze:
Lernchancen auf kommunaler Ebene. Das Beispiel der Städtepartnerschaften

Johannes Holz:
Projekt „Aalen und die Dritte Welt“. Solidaritätsarbeit und Kommunalpolitik

Arnim Vielhaber:
Erfahrungen mit Qualifizierungsmaßnahmen im Dritte Welt-Tourismus am Beispiel der Sympathie-Magazine

Rainward Bastian:
Lernen Mediziner?

Wolfgang Mai:
Ein Hilfswerk und seine ökumenischen Besucher

Regula Renschler:
Lobby oder Masse? Vom aktionsgruppenspezifischen Lernen zum Lernen mit Mehrheiten am Radio

Jürgen Hammelehle:
Vom Reisebüro zur Tourismuskritik

Thomas Knöbelspiess:
Buchhalter der Bewegung

Hedy Krauth:
10 Jahre Arbeit in einem Entwicklungsbezogenen Zentrum

17

PRAXIS

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Dieses Heft befaßt sich schwerpunktmäßig mit „zielgruppenorientierter entwicklungsbezogener Bildungsarbeit“. Was für ein semantischer Sprachsack! Was ist gemeint?

Seit langem ist denen, die für Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe zuständig sind, klar, daß es weder reicht, Entwicklungsdienst und Entwicklungsprojekte in Übersee zu fördern, noch im eigenen Lande nach dem Gießkannenprinzip Informationsvermittlung zu betreiben. An Stelle einer früher eher diffusen und unspezifischen Bildungsarbeit ist inzwischen eine differenziertere Bildungsarbeit getreten, die sich entweder mit bestimmten Zielgruppen, wie z.B. Lehrer, Mediziner, Arbeitnehmer, Aktionsgruppen etc., oder aber mit bestimmten Themen, wie z.B. Medien, Dritte-Welt-Tourismus, kommunale Kulturpolitik etc, befaßt.

Dieses Heft berichtet darüber. Die Autoren und Autorinnen sind allesamt „Praktiker“, d.h. sie betreiben tagtäglich entwicklungsbezogene Bildung, sei es nun als Referent, als Sekretärin in einer „entwicklungsbezogenen Zentrum“, als Sachbearbeiter, der „Bildungsprojekte“ abwickeln muß, als Redakteurin beim Radio, als „Fachstelleninhaber“ in einem von der EKD geschaffenen „Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung“ etc. Die Autorinnen und Autoren, ob sie nun Grundsätzliches zu ihrer Arbeit schreiben oder ihre Erfahrungen berichten und reflektieren, die sie bei ihrer Arbeit machen, gehen dabei von drei Fragestellungen aus:

- warum zielgruppenorientierte Bildungsarbeit?
- welche Erfolge lassen sich dabei feststellen?
- welche Wirkungen sind erkennbar oder zu machen?

Ihr
Georg Friedrich Pfäfflin

K. Friedrich Schade

Publizistische Stellvertretung

Kein Grund für Angst vor Gemeinsamkeit in der Courage

K. Friedrich Schade, Leiter der ABP-Fachstelle „Medien“ beim Evangelischen Pressedienst (epd) in Frankfurt, ist verantwortlich für den vierzehntäglich erscheinenden Fachinformationsdienst epd-Entwicklungspolitik und die pädagogische Arbeitshilfe epd-Dritte Welt-Information. Er hat die seit 1970 bestehende und seit dieser Zeit – soweit nicht Einnahmen erzielt wurden – aus Mitteln für die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland getragene Redaktion aufgebaut, die bis 1974 mit nur einem, seitdem mit zwei Redakteurstellen ausgestattet ist. Schades Einschätzungen beziehen sich im folgenden nur auf epd-Entwicklungspolitik.

Ohne formulierte Aufgabenstellung schien das Ziel der Initiatoren Ende der 60er Jahre im weltweit ökumenischen Aufwind ebenso unklar und offen wie einfach, überzeugend voluntaristisch: die Medien in der Bundesrepublik mit einem qualifizierten Informationsangebot zum Thema Entwicklungshilfe/Dritte Welt kontinuierlich versorgen – aus Geldern der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die sich „stellvertretend“ engagieren wollte. War der Befund vordergründig doch eindeutig: die Darstellung der Nord-Süd-Beziehungen in den Medien, die entwicklungspolitische Einstellung der Bevölkerung und die öffentliche Diskussion in diesem Themenbereich wurden als unzureichend empfunden.

Nicht in erster Linie am Zugang der Entwicklungsexperten und politischer Macher zu sachgerechter, die Interessen und auch Ansichten der Dritten Welt artikulierender Information fehlte es, so doch am Willen, sie zur Kenntnis zu nehmen, zu verstehen, aufzubereiten und weiterzugehen, – daß Medien sich veranlaßt sahen, dies souverän zu transportieren, – daß es der Öffentlichkeit ermöglicht wurde, sie zu diskutie-

ren, – daß sich schließlich auch die politischen Instanzen gedrängt fühlten, nicht über die Köpfe der Menschen hinweg – hier wie „dort“ – etwas zu betreiben, was sie Entwicklungshilfe noch heute nennen.

Dieser Einschätzung folgend machte es in einem von der Ideologie des Konsenses verbrämten Verlautbarungsjournalismus keinen Sinn, mit einem neuen Angebot ausschließlich Redaktionen anzuvisieren, um sie analog zum trickle-down-Konzept der Entwicklungshilfe mit Informationen zu beriebeln. Was die Gesellschaft (nicht nur) im Verhältnis zur Dritten Welt nicht oder zuwenig hatte, galt es mit zu schaffen: politischer Diskurs, Kultur des Dialoges, Partizipation (soweit Herrschaftsverteilung und Interessengegensätze das erlauben) – anstelle patriarchalischer Projekt- und Spendermentalität, anstelle von „Monopolen, Oligopolen, Kartellen“ des Staates, der Wirtschaft, der Hilfswerke ... in diesem Revier, die den Blick auf die wesentlichen Strukturen im Nord-Süd-„Verhältnis“ – wie Weltwirtschaft, transnationale Konzerne, Verschuldung einerseits, Widerstand und alternative Ansätze in der

Dritten Welt andererseits – oft verstellten.

Selbst oder gerade bei Konzentration auf die ihr zugewiesene Funktion einer „Stimme der Stummen“ ein groteskes und waghalsiges Unterfangen für eine Redaktion mit nur einem Redakteur ohne irgendein Korrespondentennetz (1) – und politisch keineswegs willkommen. Waren doch die Ansätze zu mutiger Erkenntnis und Verbreitung fast ausschließlich im ausgegrenzten Umfeld der APO und ihrer Sympathisanten in der Wissenschaft, bei den ob ihrer weltweiten Einstellung eher belächelten Ökumenikern und vereinzelt Deutschen im Erfahrungsbereich der UNO und multilateralen Entwicklungshilfe zu finden – und eben bei den Kräften in der Dritten Welt, die sich damals besonders, nicht nur als Befreiungsbewegungen, mit marxistischem Vokabular ungewohnt antiimperialistisch äußerten. Wo solche Stimmen bereits in die provinzielle Bundesrepublik gelangten, waren sie doch eher Ärgernis, Diffamierungsanlaß, Tabuzone (Vietnam ab 1965, Iran ab 1967, Angola/Mozambique ab 1986, Chile ab 1973 ...).

Soweit es der Redaktion in der Folge gelang, erstmals Stimmen aus der Dritten Welt, den Vereinten Nationen, der Ökumene, aus genügend kritischer Wissenschaft und aus politischen Bewegungen zu einer in einem Informationsdienst kontinuierlich organisierten Artikulation und Diskussion zu bewegen, so waren damit die Überlebenskonflikte auch schon programmiert.

„Allen“ im Kirchlichen Entwicklungsdienst „Beteiligten war“ dann *nicht* mehr so konkret „klar, daß das zukünftige entwicklungspolitische Engagement der Kirchen in den Industrieländern sein Schwerkraft“, und zwar „in der Bewußtseinsbildung“, haben soll, keineswegs alle waren geleitet von der gemeinsamen „Aufgabe“, gerade nicht nur das kirchliche, sondern das „öffentliche Bewußtsein“ von der „Notwendigkeit einer Solidarität mit der Dritten Welt zu überzeugen“, vom „politisch wirksamen“ Handeln als der erstrebten Solidarität zweiter Schritt, der „in besonderem Maße die Überprüfung der Strukturen“ – nicht nur der Entwicklungshilfe – von Staat, Wirtschaft und Kirche in den Geberländern (2) zu betreiben hat.

sich aber damit auch partikularen Interessen, amtskirchlicher Einbindung und sachfremder Rücksichtnahme entzog. Spendenwerke sahen ihre dominante Rolle in der öffentlichen Aufmerksamkeit z.B. als „Entwicklungshilfe-Außenvertretung“ der Kirche relativiert, staatlich gegängelte Entwicklungshilfe-Information brüskiert, der Staat in seinem Autoritätsverständnis bei einem Feld „seiner“ Außenpolitik ärgerlich angekratzt.

Selbst wenn seitens berufener, kompetenter Kreise z.B. in der Großinstitution Kirche an der grundsätzlichen Richtigkeit endlich dargebotener Erkenntnisse hinsichtlich der Nord-Süd-Konfliktfigurierung nicht gezweifelt wurde, so liegt es doch „in der Logik

„Zunehmend wird nach fast zwanzig Jahren die Krise der Industrieländer als in einer Krise der Industrieländer verursacht begriffen.“

teidigen: Die Einsicht z.B., daß nicht organisierte Interessen, Basis- und Ak-

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Information · Analyse · Kommentar

epd

Der Informationsarbeit – als entwicklungspolitischer Fachservice einer Nachrichtenagentur, mit der Verknüpfung von Aktualität und Hintergrund und mit der besonderen Themenauswahl ohne Parallele, aber nicht ohne Konkurrenz in der BRD – gelang als erste demonstrativ „staats“unabhängige entwicklungspolitische Publizistikinitiative mit Anspruch gesellschaftlicher Kräfte auf Aufmerksamkeit und Mitsprache auch bei den Machern allmählich der Durchbruch zu öffentlich-politischer Relevanz, obwohl und weil sie der Sachargumentation auf die Sprünge half, problemorientiert artikulierte,

„So addierten sich rasch politische und strukturelle Probleme einer solchen Informationsarbeit

...“

von Großorganisationen, abweichendes Denken oder Verhalten solange zu sanktionieren, bis es konform geworden ist,“ bis es einer Interessenorganisation politisch opportun erscheint, dies als eben gerade ihre Anregung in die politische Diskussion einzubringen (3). So addierten sich rasch politische und strukturelle Probleme einer solchen Informationsarbeit und ließ sie bei der Unnachgiebigkeit der Redaktion gegenüber zähmender Einflußnahme einerseits und immer wieder nur kurzfristig zugesagter Fremdfinanzierung andererseits zu einem Dauerkonflikt mit wechselnden Tiefpunkten auswachsen.

Wenn die Artikulation unbequemer Erkenntnisse der Ermutigung und der Dialog darüber der Einübung, der helfenden Unterstützung bedurfte, so galt es zugleich jene sanfte Gängelung zu vermeiden, die sich leicht einschleicht, wenn die Redaktion über einen häufig präzisen Informationsstand verfügt und journalistisch übliche Präsentationsmuster erwartet. Setzt am Dialog partizipieren auch Beteiligung bei der Gestaltung des Forums voraus, so mußten wir authentische Artikulationen gegenüber puristisch-perfektionistischen Vorstellungen eines Informationsdienstes ver-

tionsgruppen eine ganz wesentliche Rolle bei Öffnung und Belebung der entwicklungspolitischen Debatte gespielt haben und spielen, setzt sich ja erst heute durch. Ihre Stimmen zu „integrieren“ war unentbehrlich, auch wenn ihre Art des Sichäußerns damals noch auf mehr Widerstand stieß als heute.

Die gesellschaftliche Orientierung des Informationsdienstes war zugleich Rettungsanker in einigen der fast ebenso regelmäßigen wie von außen inszenierten Krisen – auch gesuchter Anlaß, um unabhängige Informationsarbeit zu disziplinieren. Meistens gab die – am wenigsten vom Verleger organisierte, der Redaktion aber schon mal zum Vorwurf gemacht – Solidarität nicht-kirchlicher gesellschaftlicher Kräfte den Ausschlag, indem sie die Frage nach der Weiterarbeit der Redaktion zu einer öffentlichen Angelegenheit erklärten und die Kirche drängten, eine würdige Aufgabe auch entsprechend weiterzuführen.

Somit haben die Initiatoren des zunächst als Projekt verstandenen politisch brisanten Vorhabens mit seiner Anbindung an den Evangelischen Presbiterat diesem ein ungewöhnlich ho-

hes Maß verlegerischer Impli- und Komplikationen aufgebürdet, mit denen umzugehen eine so kleine Agentur überfordert sein kann, besonders wenn dort nicht auf breiter Basis mit- und ausgetragen wird, wozu es positiv auch ausreichend Anlaß gab: an Renomee z.B., jedenfalls in den Kreisen, die mit Entwicklungspolitik zu tun haben, hat der epd durch die Aktivität der Fachredaktion erheblich gewonnen, auch wenn es zugleich Kritiker auf den Plan rief und manchen befürchten ließ, dies könne den Blick auf das verstellen, was der epd über entwicklungspolitische Arbeit hinaus noch zu bieten hat. Rettungsanker – aber auch zugleich scheinbar selbstgeschaffene Fallgrube, weil der Fortbestand der Arbeit nicht gesichert werden konnte ohne außergewöhnliches, auf Dauer nicht leistbares, Engagement der Fachredaktion selbst.

Es gelang jedoch: die Zielgruppe Medien wurde als Adressat gewonnen, und nicht nur diese, weil es notwendig war, Öffentlichkeit so weit herzustellen, daß die Medien auch im Falle ihres Schweigens davon ausgehen mußten, daß an anderer Stelle zum Vorschein kommt, was die etablierte Entwicklungshilfe lieber unter den Teppich kehren möchte; die Medien als wichtigste Abonnenten, aber quantitativ vor allem sonstige Multiplikatoren haben von dem Informationsangebot bei der Gestaltung ihrer Produkte und Arbeit interessiert Gebrauch gemacht – zunehmend auf recht souveräne Art, indem sie mit in epd-Entwicklungspolitik vorgetragenen Informationen, Argumenten, Einschätzungen, Anregungen und Fragen ihr entwicklungspolitisches Wirken eigenständig bereicherten – mit dynamisierendem Schneeballeffekt. (4)

epd-Entwicklungspolitik hat bewiesen, daß sich entwicklungspolitische Information als nicht kostenloser Abonnementsdienst gegen eine Fülle von Gratisblättern durchsetzen und behaupten kann, daß dies trotz und wegen sehr kritischer Informationen möglich ist und daß hiermit Diskussionslagen verändert und auch politische Entscheidungen beeinflusst werden.

Und epd-Entwicklungspolitik hat den Prozeß selbstbewußter Artikulation regierungsunabhängiger Kräfte in der Entwicklungspolitik (Nichtregierungsorganisationen z.B.), wenn nicht eingeleitet, so doch ermutigt und diese politische Anteilnahme in einer weitgehend unabhängigen entwicklungspolitischen Publizistik verwirklicht, wie dies bislang in der BRD kaum versucht oder geglückt war.

In den zurückliegenden Jahren wurde die Konzeption verfeinert und ihr Erfolg unter Beweis gestellt, auch wenn ein Großteil der Kapazität immer wieder bei der Verteidigung der Arbeit gegen Angriffe gebunden war. Gleichwohl hat die Redaktion auch immer wieder experimentiert und z.B. in der Präsentation von Comic, Schaubild und Karikatur, in der Motivierung, Reflexion und Evaluierung neuer Typen entwicklungspolitischer Bildungs- und Informationsarbeit sowie in der Pflege der Medienkritik über neue inhaltliche Felder hinaus innovativ gewirkt.

In der vor uns liegenden halbwegs abgesicherten 5-Jahresphase muß es nun endlich darum gehen, die Suche nach einer soliden Grundlage nicht fallwei-

„epd-Entwicklungspolitik hat bewiesen, daß sich entwicklungspolitische Information als nicht kostenloser Abonnementsdienst gegen eine Fülle von Gratisblättern durchsetzen und behaupten kann ...“

sen Verteidigungsakten zu überlassen, vielmehr institutionelle Vorkehrungen für ein gedeihliches Arbeiten zu schaffen – aus den Lernerfahrungen heraus, die auch an andere Kreise unserer Gesellschaft weiterzugeben sind.

Die Situation hat sich gravierend verändert. Alte Erkenntnisse haben sich endlich durchgesetzt, neue haben größere gesellschaftliche Relevanz erhalten. Zunehmend wird nach fast 20 Jahren die Krise der Entwicklungsländer als in einer Krise der Industrieländer verursacht begriffen, es gibt neue Distanzen und Affinitäten, neue Vernetzungen, zu denen wir, z.B. in den Bereichen Frieden-Ökologie-Entwicklung mit beigetragen haben, und es gibt das Zerbrechen oder Stumpfwerden alter Koalitionen und Bewegungen – das Thema Dritte Welt verlangt eine Aufbereitung anderen Zuschnittes, über das Analytische und im engeren Sinne Ökonomische z.B. hinaus.

Vom Engagement und der Gutwilligkeit z.B. der 68er kann die Redaktion nicht länger leben, was gerade diejenigen, die diese Bewegung am wenigsten mochten, jetzt nicht wahrhaben wollen, weil es ihnen konsequente Alternativschritte scheinbar erspart. Andererseits hat sich gerade aus der Zielsetzung der Redaktion heraus die gesellschaftlich übergreifende Funktion von epd-Entwicklungspolitik so fortentwickelt – eben auch mit Konsequenzen für die Profilierung entwicklungspolitisch involvierter Kräfte in unserer Gesellschaft –, daß nunmehr die EKD eine möglicherweise auch institutionelle Beteiligung dieser Kräfte an der bisher stellvertretend wahrgenommenen redaktionellen Aufgabe erwarten kann, ja bereits „von draußen“ angeregt wird (5). Einige Nichtregierungsorganisationen sind dabei, analog zu ihrer entwicklungspolitischen Aufgabe in der Dritten Welt auch in der Bundesrepublik über den Schatten ihrer Eigeninteressen zu springen und gemeinsame Aufgaben bei der Willensbildung in der Bundesrepublik zu diskutieren.

Von der aus der Nord-Süd-Konfliktkonfiguration resultierenden breiten Thematik in epd-Entwicklungspolitik, vom Involvement nicht-kirchlicher Kreise bei der inhaltlichen Diskussion und von

„... daß dies trotz und wegen sehr kritischer Informationen möglich ist und daß hiermit Diskussionslagen verändert und auch politische Entscheidungen beeinflusst werden.“

der Reichweite des Informationsdienstes gerade im säkularen Bereich bietet sich für die EKD eine gute Chance, auf der Grundlage eines zukunftsorientierten Ausbaues der Fachredaktion im Bereich der Entwicklungspolitik gesamtgesellschaftlich zu wirken. (6)

So segensreich wie der Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) mit der Verlängerung

der Finanzierung auch zur Abwehr feindlicher Zugriffe gewirkt hat, so mußte doch die „verlegerische“ Begleitung als immer wieder neue Fall-zu-Fall-Übergangslösungen im Hinblick auf die Sicherung journalistischer Unabhängigkeit unbefriedigend bleiben. Der Tragweite der Rechte und Pflichten, die aus Bewilligungen erwachsen, für die Artikel 5 des Grundgesetzes gelten muß, wurde man nicht ausreichend gerecht. Diese Erfahrungen sprechen für die Notwendigkeit neuer Wege mit stärkerem Stiftungscharakter, die auch die Partizipation – einschließlich finanzieller Mitverantwortung – seitens anderer gesellschaftlicher Kräfte zu integrieren vermag.

Jede institutionelle Regelung muß die Erfahrung der Redaktion positiv berücksichtigen, eine Erfahrung, die auch in persönlicher Hinsicht existentiell war, weil das Überleben der Redaktion nicht nur ohne ein hohes Maß an Ausbeutung und außerordentlicher Initiative nicht möglich gewesen wäre, für die immer wieder Freiraum zusätzlich erkämpft werden mußte, sondern auch das Opfer der Sicherheit beruflicher Existenz forderte.

Unerträglich wird es, wenn die Ressourcenzuweisung zum Leben im Sinne einer ernstzunehmenden Programmrealisierung nicht ausreicht und deshalb die Redaktion, so sie mit Erfolg leben will, zu überdienstlichen Tatendrang, z.B. im Bemühen um Einnahmesteigerung, Zuarbeit und Unterstützung verurteilt ist, aber gleichzeitig dieses Tätigwerden und die damit verbundenen Erfolge Gefahr laufen, beargwöhnt, als illoyal und eigenmächtig behindert, Kreativität und Gutmütigkeit ausgenutzt und lahmgelegt zu werden. Geregelt, halbwegs ausreichende Ausstattung oder Freiheit für die Redaktion für jede vernünftige Initiative mit hohem Maß an Selbstbestimmung sind die Alternativen, zu deren Realisierung der ABP schon deshalb nicht konzeptionell und praktisch genügend beitragen konnte, weil entgegen seiner Philosophie der wirkliche Erfahrungsaustausch mit den Betroffenen kaum stattfand. Hier liegt ein nicht unerhebliches Defizit in der Verwirklichung der Konzeption des ABP.

Ist die Aufgabe der Redaktion insgesamt politisch und pädagogisch zu verstehen, so hat sie das auch aus anderen existentiellen Gründen materialisiert in der intensiven Hinwendung zu freien Mitarbeitern im journalistischen Bereich, ohne deren Mitarbeit eine Redaktion ohne jeden Korrespondenten-

unterbau ja gar nicht auskommen kann (1). Wer kein Geld für Pauschalen und gute Honorare für journalistische Mitarbeit hat (7), eröffnet Chancen, indem er z.B. Neulingen den Einstieg eröffnet. Inzwischen bekannte und auch preisgekrönte Kolleginnen und Kollegen haben bei uns als Freie zu lernen und sehr unterbezahlt angefangen, wir haben mit ihnen gearbeitet und sie nach ihrer Etablierung auch oft wieder verloren zugunsten besser bezahlender Abnehmer – ein immer wiederkehrender Prozeß.

Von daher ist der Sprung zu der Idee, Kolleginnen und Kollegen im Bereich Dritte Welt zu einer – unter Journalisten ja sehr schwierigen – Zusammenarbeit zusammenzuführen, damit sie gemeinsame Probleme angehen und soweit wie

„Haben wir unendliche Potenz demonstriert, wo andere vielleicht nur ein Feigenblatt brauchten?“

möglich auch gemeinsam entwicklungs- politische Fragen anpacken, nicht mehr weit. Die Idee eines Dritte Welt-Journalistennetzes war geboren.

Ein ebenso rück- wie vorwärtsblickendes Resümee wird unsere Haupttugend, unter Wahrung journalistischer Grundsätze ein höchst schwieriges Unternehmen nicht nur erhalten, sondern zum Erfolg geführt zu haben, zugleich als Kardinalfehler festmachen. Wann wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, der EKD klarzumachen, daß ein von ihr als so wichtig erklärtes Unternehmen mit dieser ebenso unsicheren wie unzureichenden Ausstattung der Würde des Auftrages und des Auftraggebers wie auch der Chance längerfristigen Überlebens entbehrt? Haben wir unendliche Potenz demonstriert, wo Andere vielleicht nur ein Feigenblatt brauchten?

Da die Zukunft eben noch nicht im eigentlichen Sinne des Vorhabens entschieden ist und die wirkliche Krise im Hinblick auf größere Realisierungsmöglichkeiten wie –notwendigkeiten als früher bei relativ labilerer Grund-

lage erst bevorsteht, sind zugleich dem Optimismus der Redaktion, aber vor allem der sie begleitenden Kräfte, nach wie vor keine Grenzen gesetzt. □

Anmerkungen

1. Nicht zuletzt das Bestreben nach Kontrolle des ersten Redakteurs führte später zur Bewilligung einer zweiten Kraft. Zur Unterbesetzung vgl. das nach wie vor relevante „Gutachten über epd-Entwicklungspolitik“ von Ansgar Skriver 1978.
2. H.-W. Heßler (Hg.), Kirchlicher Entwicklungsdienst – Erste Bilanz, Frankfurt 1970. Zitiert in: P. Hamann, Beim Wort genommen: Entwicklungspolitische Informationsarbeit der Kirche, in: Neue Stimme 12/72.
3. Vgl. R. Erd, Der linke Intellektuelle, unheimlich einsam, in: FR 21.5.88.
4. Zu Konzeption und Bilanz der Redaktion siehe Bericht der Redaktion vor dem epd-Kuratorium am 1.11.85, Text in: siehe 5.
5. Siehe in „Strategie der Grundbedürfnisse und Stimme der Stummen – mehr als Imagepflege und Feigenblatt der Entwicklungspolitik der Mächtigen?“ in: Texte einer Gesprächsrunde der Redaktion epd-Entwicklungspolitik/Dritte Welt am 1.11.85 anlässlich des 15-jährigen Bestehens der Redaktion.
6. Vgl. H.-W. Heßler, Wie werden wir Christen? Wie bleiben wir Christen? Im Kontext Evangelischer Publizistik, Bericht des GEP-Direktors vor der EKD-Synode 1988.
7. Der Etat der Fachredaktion – ohne Erlöse – entspricht etwa einem Drittel des Werbe-/Informationsaufwandes eines der größeren Hilfswerke.
8. Zum Verständnis der Geschichte nicht nur dieser Redaktion: A. von Hoffmann, Staatsfromm und unterwürfig – Gedanken zur Konzeption des Journalismus, in: die feder 1/89.



berichtet regelmäßig über
– den Befreiungskampf der
F. POLISARIO
– die diplomatischen Auseinandersetzungen um die
WESTSAHARA
– das Leben in den Flüchtlingslagern der Sahara
– die Demokratische Arabische Republik Sahara

Das
SAHARA INFO
erscheint alle 2 Monate

Jahresabonnement nur 15,- DM!
Probeheft und Abbestellung bei
GESELLSCHAFT DER FREUNDE DES
SAHARAISCHEN VOLKES e. V.
U. Hilpert, Bamberger Straße 34
2800 Bremen 1